



**Studientage der EVP-Fraktion**

# **Bukarest**

17. - 18. Oktober 2012

- **Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt**
- **Regionalentwicklung und sozialer Zusammenhalt**
- **Internet**



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Programm</b>	4
<b>Zusammenfassung</b>	6
<b>Schlussfolgerungen</b>	16

# PROGRAMM

## DIE ANTWORT IST MEHR EUROPA

### GEMEINSAMES SEMINAR DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI UND DER EVP-FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

**Mittwoch, 17. Oktober 2012**

#### Begrüßungsansprachen

- **Joseph Daul**, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP), von Amts wegen Vizepräsident der Europäischen Volkspartei
- **Wilfried Martens**, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei
- **Vasile Blaga**, Vorsitzender der Partei PDL (Partidul Democrat Liberal), Rumänien
- **Hunor Kelemen**, Vorsitzender der Partei RMDSZ (Romániai Magyar Demokrata Szövetség), Rumänien
- **Theodor Dumitru Stolojan**, MdEP, Leiter der rumänischen Delegation der EVP-Fraktion im EP

### BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT: IN EINEM EUROPA GRÖßERER SOLIDARITÄT - WACHSTUM UND ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN

#### Vorsitz

**Corien Wortmann-Kool**, MdEP, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für die Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Umwelt“, Vizepräsidentin der Europäischen Volkspartei

#### Gastredner

- **Antonio Tajani**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für Industrie und Unternehmertum, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei
- **Michel Barnier**, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei
- **Ralf Brauksiepe**, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Deutschen Bundesministerin für Arbeit und Soziales
- **Alexandra Gătej**, CEO, Maldon and Wat

#### **Diskussion**

#### Schlussfolgerungen

**Amalia Sartori**, MdEP, Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im EP

## REGIONALENTWICKLUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT - AUSWIRKUNGSERHÖHUNG DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK FÜR DAS WOHLBEFINDEN DER BÜRGER

### Vorsitz

**Marian-Jean Marinescu**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis „Haushalt und Strukturpolitik“

### Gastredner

- **Johannes Hahn**, EU-Kommissar für Regionalpolitik
- **Dacian Cioloș**, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- **Ramón Luis Valcárcel Siso**, Präsident des Ausschusses der Regionen
- **Michael Schneider**, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Ausschuss der Regionen

### Diskussion

### Schlussfolgerungen

**Lambert van Nistelrooij**, MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung des EP, Berichterstatter für die allgemeine Verordnung über Strukturfonds

**Donnerstag, 18. Oktober 2012**

## STUDIENTAGE DER EVP-FRAKTION

## FREIHEIT UND FAIRNESS IM INTERNET

### Vorsitz

**Manfred Weber**, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für den Arbeitskreis „Justiz und Inneres“

### Einführung

**Marielle Gallo** MdEP, stellvertretende Koordinatorin der EVP-Fraktion im Rechtausschuss des EP

### Gastredner

- **Viviane Reding**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft
- **Richard Bruton**, Minister für Arbeit, Unternehmen und Innovation, Irland
- **Piotr Waglowski**, polnischer Jurist, Schriftsteller, Webmaster
- **Corneliu Porumboiu**, rumänischer Filmregisseur und Drehbuchautor

### Diskussion

### Schlussfolgerungen

**Angelika Niebler**, MdEP, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Internet“ der EVP-Fraktion

# ZUSAMMENFASSUNG

## BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

Wenige Stunden vor Annahme des neuen Grundsatzprogramms der EVP eröffnet **Joseph Daul**, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP), die Sitzung und erinnert daran, dass das Motto „Die Antwort heißt mehr Europa“ mehr als nur ein Kampagnenslogan sei, sondern eine tiefe Überzeugung ausdrücke, welche die gesamte EVP-Familie vereine.

In diesen Krisenzeiten braucht Europa unbedingt den Mehrwert seiner gemeinsamen Politiken, sei es in der Landwirtschaft, bei der regionalen Entwicklung, oder in den Bereichen Verkehr und Transport, Energie und Forschung. In diesen Krisenzeiten spielt der europäische Haushalt, der fast vollständig ein Investitionshaushalt ist, bei den Konjunkturmaßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum eine tragende Rolle. Beispiele dafür sind unter anderem das Europäische Innovations- und Technologieinstitut, der digitale Binnenmarkt oder das Leonardo Aktionsprogramm zur Berufsbildungspolitik.

Doch man muss noch weiter gehen. Die großen Herausforderungen, vor denen alle Mitgliedstaaten stehen, insbesondere bei der Beschäftigung junger Menschen oder der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sind nicht mehr rein nationale Aufgaben. Sie erfordern vielmehr gesamteuropäische Lösungen.

Dass der Friedensnobelpreis kürzlich an die Europäische Union verliehen wurde, unterstreicht den unbestrittenen Wert Europas und der gemeinschaftlichen Idee.

Für **Wilfried Martens**, Vorsitzender der EVP, steht die Europäische Union in diesen Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise vor der größten Bedrohung seit ihrer Gründung: Der Zunahme populistischer und nationalistischer Angriffe auf die europäischen Vorhaben und das europäische Ideal. In diesem Zusammenhang ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union eine Ermutigung, die dem europäischen Integrationsprozess neuen Schwung verleiht.

Der EVP-Kongress in Bukarest mit der Wahl des neuen Vorstands, der Annahme des neuen

Parteiprogramms sowie den Ausführungen der Staats- und Regierungschefs und der Führungskräfte unserer Parteien und Verbände, bekräftigt diesen Schritt in Richtung eines stärkeren Europa.

**Vasile Blaga**, Vorsitzender der Demokratisch-Liberalen Partei (PDL, Partidul Democrat Liberal) in Rumänien, hebt die Tatsache hervor, dass der EVP-Kongress nach einem für Rumänien politisch schwierigen Jahr, in dem die europäische Solidarität eine zentrale Rolle gespielt hat, in Bukarest stattfindet. Der Kongress von Bukarest wird als ein Kongress der zweiten europäischen Integration in die Geschichte eingehen, ein Kongress für ein offeneres Europa, dessen Mitgliedsstaaten sich auf Augenhöhe begegnen, ein Europa, das gegenüber seinen östlichen Nachbarn offen ist. Ein stärkeres, wettbewerbsfähigeres und bürgernäheres Europa.

Die rumänischen Sozialisten greifen die europäische Integration an und stellen die Position Rumäniens innerhalb der Europäischen Union in Frage. In ihren demagogischen und populistischen Reden beschreiben sie ein Europa, das die nationale Souveränität einschränkt. Im Gegensatz dazu wünscht sich Vasile Blaga mehr Europa, um Willkür zu überwinden und eine verantwortungsvolle Regierungsführung zu stärken. Mehr Europa ist eine Garantie für Freiheit und Demokratie.

**Hunor Kelemen**, Vorsitzender der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (RMDSZ, Romániai Magyar Demokrata Szövetség), lenkt die Aufmerksamkeit auf die Erwartungen und Herausforderungen, denen man bei den bevorstehenden Wahlen in Rumänien begegnen muss.

Das Ausmaß der Wirtschaftskrise und der Krise der Werte macht die Wahlen besonders schwierig, und populistische Stimmen mehren sich.

Hunor Kelemen fordert eine Verfassungsreform in Rumänien, für mehr Europa, mehr Zusammenarbeit und mehr Kontrolle.

Außerdem betont er, dass die Rechte nationaler Minderheiten in der Europäischen Union weiter verteidigt werden müssten.



**Theodor Dumitru Stoloja**, MdEP, Leiter der rumänischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, tritt seinerseits für ein geeinteres, aber auch stärkeres Europa ein, das in der Lage ist, nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. In diesen Zeiten der Krise, die deutliche Antworten erfordern, richtet er einen Appell an den Europäischen Rat, eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen und auf einen guten Kompromiss beim mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 hinzuarbeiten.

Im Sommer 2012 haben die Rumänen gelernt, dass sie für die Achtung der Werte der Europäischen Union kämpfen müssen. Er bedankt sich bei den Vorsitzenden Wilfried Martens und Joseph Daul für ihre Unterstützung Rumäniens.

Dank seines eigenen Einsatzes und der Unterstützung durch die Europäische Union wird Rumänien die Umgestaltung seiner Wirtschaft bis zum Ende des Jahrzehnts vollenden können.

Christine Detourbet

### **BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT: IN EINEM EUROPA GRÖßERER SOLIDARITÄT - WACHSTUM UND ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN**

**Corien Wortmann-Kool**, MdEP, Vorsitzende des Arbeitskreises „Wirtschaft und Umwelt“, eröffnet das Panel unter Hinweis darauf, dass es unter den derzeitigen Umständen wesentlich sei, Wachstum und Beschäftigung in einem solidarischen Europa zu fördern. Die EVP-Fraktion möchte in dieser Frage der Motor Europas sein und muss neue Ideen vorlegen, die zu nachhaltigen Lösungen führen, für diese Generation, aber auch für die nächste. Frau Wortmann-Kool stellt die beiden Kommissionsmitglieder vor, die zu wichtigen Fragen sprechen werden:

- Kommissionsmitglied Tajani zu Unternehmen und KMU, zwei Schlüsselfaktoren für Wachstum und Beschäftigung;



- Kommissionsmitglied Barnier zur Vollendung des Binnenmarktes.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union ist in dieser Krisenzeit ein sehr positives Ereignis, und die Kommissionsmitglieder sind zu ihrer Arbeit zu beglückwünschen.

Ralf Bauksiepe und Alexandra Gätej werden als Vertreter eines Mitgliedstaats bzw. der Wirtschaft sprechen und ihre Sichtweise darlegen.

**Antonio Tajani**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für Industrie und Unternehmertum, und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, erläutert, dass für die Bewältigung der Krise und die Rückkehr zum Wachstum an der Unterstützung der Realwirtschaft gearbeitet werden muss: unter anderem geht es dabei um den Binnenmarkt, die KMU... und dass dies nur zusammen mit den anderen Kommissionsmitgliedern geleistet werden kann, unter anderem mit Herrn Barnier, dessen Zusammenarbeit Herr Tajani hervorhebt. Die KMU und die Unternehmen stehen im Mittelpunkt der Maßnahmen der Kommission, doch auch die Sozialpolitik spielt eine Rolle, denn das oberste Ziel der Politik ist der Bürger.

Die Kommission hat in der Woche zuvor ihre Stellungnahme zur Industriepolitik vorgelegt, deren Ziel die Verwirklichung der Strategie Europa 2020 ist. Seit zu vielen Jahren, so das Kommissionsmitglied, ist die Industrie in der europäischen Politik vernachlässigt worden. Um im Sinne der Industrie zu arbeiten,

müssen die Bereiche in den Vordergrund gerückt werden, in denen für die Verbraucher anwendbare Innovationen sowie F&I entstehen: Elektroautos, grüne Energieformen, energieeffizientes Bauen... Doch auch Bildung ist ein Schlüsselthema dieser Politik.

Um diese Ziele zu verwirklichen, ist es entscheidend, die Unterstützung der regionalen, nationalen und privaten Fonds zu gewinnen. Die Frage der Finanzierung von KMU ist verbunden mit der Umsetzung der Richtlinie über Zahlungsverzögerungen.

Das Kommissionsmitglied betont, dass eher Qualität als nach Quantität angestrebt werden sollte.

Die Abstimmung zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedstaaten und den Unternehmen ist entscheidend dafür, dass diese Industriestrategie zum Ziel führt. Die Mitgliedstaaten und Unternehmen sind mit diesem Vorschlag zufrieden, der nun im Sinne von Wachstum, Beschäftigung und Innovation umgesetzt werden muss.

In der Strategie Europa 2020 werden Mittel für Innovationen vorgeschlagen. In Europa stammen beinahe 80 % der Innovationen aus der Industrie. Dies bietet unbestreitbar Beschäftigungsmöglichkeiten. Der Zugang zu Finanzmitteln ist in diesem Bereich nach wie vor eine Priorität.

**Michel Barnier**, für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständiges Kommissionsmitglied, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, erläutert, dass die EVP und ihre Fraktion im Europäischen Parlament zwei Jahre vor der Wahl zum Europäischen Parlament offensiv mit Fragen der Beschäftigung, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit umgehen müssen.

Die Beschäftigung steht im Mittelpunkt der Erwartungen der europäischen Bürger, und das regelungspolitische, steuerliche und wirtschaftliche Umfeld für die Unternehmen muss dringend konsolidiert werden, insbesondere für die KMU, die 95 % der europäischen Industrielandschaft ausmachen. Europa muss für diese KMU zu einem Ort der Möglichkeiten werden, anstatt Beschränkungen in Bereichen wie Investitionen, geistiges Eigentum, Ausfuhren und sozialer Zusammenhalt aufzuweisen. Ferner soll darauf hingewiesen werden, dass die Regelungen nicht nur europäisch sind, sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene bestehen.

Die europäische Antwort muss auf drei Ebenen erfolgen:

1. Finanzstabilität: Es kann kein Wachstum geben, wenn es ständig durch die Instabilität der Finanzmärkte beeinträchtigt wird. Seit fünf Jahren erlebt Europa eine Finanzkrise, die das Wachstum zum Erliegen gebracht hat. Eine Neuordnung der Finanzmärkte ist notwendig. Mittels 29 europäischer Gesetze wurden in diesem Bereich Regeln eingeführt, die auf dem G20-Gipfel beschlossen worden waren. Diese Arbeit sollte 2013 abgeschlossen sein, damit es einen einheitlichen Regelungsrahmen für alle 27 Mitgliedstaaten gibt. Die Vorschriften müssen sorgfältig angewandt werden; darüber wacht die Kommission.
2. Der Binnenmarkt umfasst 500 Millionen Verbraucher und 20 Millionen Unternehmen. Für sein Funktionieren sind Regeln notwendig, die auch angewandt werden müssen. An Vorschriften fehlt es in den Mitgliedstaaten nicht. Es bestehen auch administrative und steuerliche Hemmnisse: Die Kommission hat 60 Punkte ermittelt, die nicht gut funktionieren. Nun geht es darum, die Hemmnisse eines nach dem anderen zu beseitigen. Dabei geht es um Patente, die elektronische Unterschrift, Roaming, den digitalen Binnenmarkt, öffentliche Aufträge...
3. Über den gemeinsamen Besitzstand hinaus brauchen wir ein neues europäisches Engagement. Es gibt Schwierigkeiten, die nicht allein auf nationaler Ebene gelöst werden können. Die Kommission hat zehn Schlüsseltechnologien benannt, darunter z. B. Elektroautos, die künftig nicht von den Amerikanern oder Chinesen gekauft werden sollten. Dafür muss eine solide Produktionsbasis geschaffen werden, so wie es die GAP für die Landwirtschaft ist.

**Ralf Bauksiepe**, parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales, erinnert an die Bedeutung von Finanzdienstleistungen in der Realwirtschaft und daran, dass Letztere in erster Linie den europäischen Bürgern, den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen,



den Unternehmen usw. dienen muss. Die EVP muss die soziale Marktwirtschaft verteidigen. Wir stehen vor zahlreichen Herausforderungen: Die Schwächsten müssen im Krisenfall geschützt werden, und wenn Wachstum gelingt, müssen auch sie davon profitieren. Junge Menschen sind besonders schutzbedürftig und bedürfen großer Aufmerksamkeit.

Die Anpassung der Strukturfonds und die Mobilität des Arbeitsmarktes sind zwei wichtige Achsen unserer Arbeit: Die deutsche Regierung bemüht sich darum. Nur 2 % der europäischen Bürger arbeiten in einem anderen europäischen Land.

Jeder Mitgliedstaat muss das Notwendige tun, um die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern, wobei die Umstände der Arbeitsmarktreform zu berücksichtigen sind. Es muss ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit gefunden werden: Flexibilität ist wichtig für die Unternehmen, Sicherheit für die Arbeitnehmer. Dies ist eine große Herausforderung. In Deutschland haben die verschiedenen Regierungen politische Strategien verfolgt, die zu einem Mehr an Flexibilität geführt haben, denn zuvor war der Arbeitsmarkt aufgrund einer künstlichen Sicherheit für die Arbeitnehmer selbst erstarrt.

Seit der Wahl von Angela Merkel zur Kanzlerin wurde die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert. Die Krise der Jahre 2008 und 2009 hat die Regierung veranlasst, Maßnahmen im Bereich Teilzeitarbeit anzunehmen, wobei von den Unternehmen die Beibehaltung der Beschäftigungsquote verlangt wurde.

Es gibt zwei Bereiche, in denen sich durch politische Maßnahmen das Arbeitsmarktumfeld verbessern lässt:

- Berufsausbildung. Diese hat in Deutschland eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen ermöglicht. Es handelt sich um eine duale Ausbildung, d. h. sie besteht aus einer theoretischen Ausbildung in der Schule und einer praktischen Ausbildung in einem Unternehmen. So haben Jugendliche leichteren Zugang zu Beschäftigung und werden vor Arbeitslosigkeit geschützt. Die laufende Ausbildungsreform könnte auch den anderen europäischen Ländern helfen. Deutschland hat in diesem Bereich bereits eine bilaterale Zusammenarbeit mit Italien eingeführt.

- Sozialer Dialog. Die Sozialpartner werden in die politische Entscheidungsfindung eingebunden. Ebenso wie ihre Schwesterparteien in Europa, stehen die Christdemokraten vor einer Situation, in der sie nach Lösungen suchen müssen. Die Einbeziehung der Sozialpartner in Entscheidungen ermöglicht es, gemeinsam nach wirksamen und nützlichen Lösungen zu suchen.

Dies sind zwei entscheidende Elemente für politische Strategien, die wieder zu neuem Wachstum führen sollen.

**Alexandra Gătej**, CEO, Maldon and Wat, hebt zu Beginn ihrer Ausführungen die Solidarität als die Herausforderung hervor, der Politiker ebenso wie Unternehmer begegnen müssen. Die Maßnahmen der Kommission zur Beschäftigungsförderung sind zu begrüßen. Sie stellen die Menschen in den Vordergrund, das Humankapital, was für den europäischen Arbeitsmarkt von entscheidender Bedeutung ist. Ergänzt durch die Zusagen des Rates vom Juni bezüglich Wachstum und Beschäftigung, schaffen diese Initiativen einen dauerhaften Rahmen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt. Doch es liegt immer noch ein Weg vor uns, insbesondere für die einzelnen Staaten, um die Kluft zwischen bloßen Worten und ihrer Umsetzung zu überbrücken.

Die derzeit sehr hohen Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter jungen Menschen, sind sehr besorgniserregend. In Rumänien ist die Lage dramatisch, hier liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 20 % (im Vergleich zu durchschnittlich 13 % im übrigen Europa). Noch beunruhigender ist, dass die jungen Menschen in Rumänien 41,5 % aller Arbeitslosen ausmachen (im Vergleich zu 30 % im europäischen Durchschnitt). In Verbindung mit unzureichenden Investitionen im Bereich Bildung lässt dies nicht auf eine frohe Zukunft hoffen.

Unter diesen Umständen ist es sehr wichtig, einen rechtlichen und politischen Rahmen zu schaffen, der der Schaffung von Wohlstand und dem Wohlergehen der Menschen zuträglich ist. Für ein Land wie Rumänien, das sich noch in der Entwicklung befindet, stellen die Einführung günstiger Bedingungen für den Wohlstand und die Bekämpfung der Armut Fragen der nationalen Sicherheit dar. Das Entstehen

einer Mittelschicht muss im Zentrum der politischen Tagesordnung stehen, damit Wohlstand geschaffen werden und den kommenden Generationen eine bessere Zukunft geboten werden kann.

Die Frage des Sozialsystems muss zu unseren wichtigsten Anliegen zählen, denn noch wird zu wenig für die jungen Generationen getan. Präsident Barroso hat vor kurzem die Umsetzung eines Pakets für die jungen Menschen angekündigt. Die Bildung muss im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen: es gibt heute eine zu große Diskrepanz zwischen den vorhandenen Kenntnissen, den geforderten Kenntnissen und den Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die jungen Menschen fragen sich, was Solidarität bedeutet. Ihnen muss gezeigt werden, dass Solidarität über Sozialschutzsysteme hinausgeht. Das Vertrauen in Europa und in seine Zukunft kann ihnen die Möglichkeit geben, ihre Talente zu entwickeln und Mehrwert zu schaffen.

Wir laufen Gefahr, eine „verlorene Generation“ hervorzubringen, wobei wir uns zugleich in einer Zeit des scharfen Wettbewerbs mit den Schwellenländern befinden. Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Doch die Eindämmung der Arbeitslosigkeit ist nicht die einzige Voraussetzung für Wachstum. Darüber hinaus müssen außerdem durch strukturelle Veränderungen die notwendigen Bedingungen für Produktivität geschaffen werden. Um den Zielen der Strategie Europa 2020 gerecht zu werden, müssen neue Arbeitsplätze in folgenden Bereichen geschaffen werden: Energie, F&I, Gesundheit, IT.

Auch müssen sich die politischen Entscheidungsträger solidarisch mit den Unternehmern zeigen. Ziel ist es, mehr Flexibilität und Anreize zu schaffen sowie einen Regelungsrahmen, der für die Unternehmen günstig ist. Um mehr Wachstum zu schaffen, sind solide öffentliche Finanzen, intelligente Investitionen und Strukturreformen erforderlich.

Woher auch immer wir kommen, was auch immer unsere Geschichte ist, wir dürfen keine Angst vor „mehr Europa“ haben.

### Aussprache

Im Anschluss an die Ausführungen wird die Aussprache mit den übrigen Teilnehmern im Raum eröffnet:

Jean-Pierre Audy meldet sich zu Wort und fordert eine klare Linie der Partei zu diesen Fragen, da die Bürger Antworten erwarten. Dies betrifft unsere Außenhandelspolitik sowie die soziale Konvergenz gemäß Vertrag.

Angelika Niebler meldet sich zu Wort, um zwei Bemerkungen zu machen: die erste zu den nach wie vor bestehenden Hemmnissen im Binnenmarkt (insbesondere im Bereich Patente), die zweite zum Zugang von KMU zu Finanzmitteln.

Elena Oana Antonescu erinnert an die demographische Perspektive eines Europas, dessen Bevölkerung immer älter wird und in dem zugleich die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen hoch ist.

Manfred Seeber weist darauf hin, dass kurzfristige Sichtweisen aufgegeben und stärker durch Solidarität geprägte politische Strategien entwickelt werden müssen.

Herbert Reul spricht sich für die Förderung von Schlüsseltechnologien und eine bessere Überprüfung der Wirksamkeit politischer Maßnahmen aus.

Andreas Schwab spricht sich für die Stärkung des Binnenmarktes und die Entwicklung der dualen Berufsausbildung in ganz Europa aus.

Anna-Maria Corazza-Bildt weist darauf hin, dass die Dienstleistungsrichtlinie in einigen Mitgliedstaaten immer noch nicht angewandt wird.

Die Vorsitzende schlägt, bevor sie wieder den Diskussionsteilnehmern das Wort erteilt, vor, dass im Hinblick auf die von den Teilnehmern gestellten Fragen Anhörungen zu jedem Thema geplant werden.

Frau Gátej begrüßt daraufhin die ergiebige Diskussion, die sich von den technokratischen Sitzungen unterscheidet, die in den europäischen Organen so häufig abgehalten werden.

Herr Bauksiepe erinnert daran, dass politische Stabilität und Wachstumspolitik miteinander einhergehen, und

dass das eine für das andere unerlässlich ist. Solidarität ist vorhanden, doch kann sie nur umgesetzt werden, wenn die Investitionen klar festgelegt werden.

Herr Barnier äußert die Hoffnung, dass das erste Patent vor Juni 2014 herausgegeben wird. In Bezug auf die Wirtschaftsstrategie müssen die Dinge, die funktionieren, denen gegenübergestellt werden, die nicht funktionieren: In Deutschland geht es hauptsächlich um Qualität und um die Politik des sozialen Dialogs. Soziale Fragen dürfen nicht außer Acht gelassen werden, die EVP hat auch in diesem Bereich etwas beizutragen. Das Kommissionsmitglied spricht sich ferner für eine bevölkerungspolitische Strategie für Europa aus, den einzigen Kontinent, dessen Einwohnerzahl in den kommenden Jahren sinken wird.

Herr Tajani weist auf die Bemühungen der Kommission hin, um den KMU das Leben zu erleichtern: Richtlinie über Zahlungsverzögerungen, Zugang zu Krediten und das Programm COSME.

### Schlussfolgerungen

In ihren Schlussfolgerungen weist **Amalia Sartori** MdEP und Vorsitzende des ITRE-Ausschusses, auf die Schlüsselemente der Diskussion hin:

- Schwerpunkt auf dem Binnenmarkt
- Finanzstabilität als Kern unserer Politik
- Unterstützung der europäischen Wirtschaft und der KMU
- Entwicklung des internationalen Handels
- Arbeitsmarktreform
- Beschäftigung in den Sektoren der Zukunft: Forschung, Energie, digitale Informationstechnik
- Bemühung um die Unterstützung der Regierungen für unsere politischen Strategien
- Verbreitung bewährter Verfahrensweisen

Baptiste Thollon



### **REGIONALENTWICKLUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT - AUSWIRKUNGSERHÖHUNG DER EU- ENTWICKLUNGSPOLITIK FÜR DAS WOHLBEFINDEN DER BÜRGER**

**Marian-Jean Marinescu** MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP und Verantwortlicher des Arbeitskreises „Haushalt und strukturelle Fragen“ führt in das Thema ein und weist nachdrücklich auf die Verhandlungen hin, die derzeit zu dem mehrjährigen Finanzrahmen geführt würden und ein entscheidender Moment für die EU seien. Er bedauert, dass manche eine Reduzierung des Haushalts befürworteten, und zwar insbesondere bei entscheidenden Fragen wie der Investitionspolitik. In diesen Krisenzeiten müsse man sich in Erinnerung rufen, dass 90 Prozent des europäischen Haushalts für Investitionen bestimmt seien, und daher den Grundpfeiler für Wachstum und Beschäftigung bildeten.

**Johannes Hahn**, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, ergreift sodann das Wort und verweist darauf, dass die Krise zwar eine große Herausforderung für Europa darstelle, zugleich aber auch eine Chance für den Wandel eröffne. Allerdings müsse sich Europa mit den Mitteln für diesen Wandel ausstatten. Das Kommissionsmitglied ist angesichts des Haushalts besorgt, der für die

Regionalpolitik bewilligt wurde, da diese wiederum eine unverzichtbare Investitionspolitik für die Entwicklung der ärmsten Regionen darstelle. Er führt Beispiele dafür auf, wie man in der europäischen Regionalpolitik erfolgreich darauf gedungen hat, dass deutlich sichtbar wird, welche Ergebnisse die EU-Finanzierung zustande bringt. Er betont auch die Innovation als Faktor für Wachstum, an der kein Weg vorbei führe.

**Dacian Ciolos**, für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, äußert sich zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Er stellt zunächst fest, dass die EU zwar erweitert wurde, die Mittel für die GAP jedoch nicht aufgestockt wurden, obwohl es sich dabei um den Sektor handele, der die meisten Arbeitsplätze in der Union schaffe. Eine Reduzierung des GAP-Haushalts bremse vor allem die Entwicklung der Lebensmittelindustrie und die Möglichkeiten europäischer Ausfuhren. Darüber hinaus konzentriere sich die GAP auf die Entwicklung von mehr als der Hälfte Europas (vorstädtische und ländliche Gebiete). Die EVP müsse daher die Bestrebungen für einen starken GAP- und Kohäsionshaushalt unterstützen.

Im Anschluss an die Vorschläge des Kommissionsmitglieds zur Kohäsionspolitik greift **Ramón Luis Valcárcel Siso**, Präsident des Ausschusses der Regionen, die drei Grundsätze der Kohäsionspolitik auf: Kompetenz, Zusammenhalt und Solidarität. Unter Beachtung dieser Grundsätze müssten die Strukturfonds beibehalten werden. Er beschreibt die Kohäsionspolitik als eine Entwicklungspolitik, die sich deutlich auf das Wohlergehen der Bürger auswirke. Im Vergleich zu anderen riesigen Ländern wie den Vereinigten Staaten oder China sei die Kluft zwischen arm und reich in Europa besorgniserregend. Man müsse sich fragen, wie sich die Krise auf dieses Wohlstandsgefälle auswirken werde. Man müsse sich auch fragen, welche Alternativen es zur Kohäsionspolitik gebe. Nach Ansicht des Ausschusses der Regionen müsse der Europäische Sozialfonds insoweit beibehalten werden, als er heute die einzige Ressource sei, die für die Ziele der Strategie 2020 zum Armutsabbau eingesetzt werden könne. Im Zentrum

der Aufmerksamkeit müssten die ländlichen Gebiete stehen und es müsste zur Finanzierung regionaler Projekte ermutigt werden (indem insbesondere Anreize für private Investitionen geschaffen werden). Zur Überwindung der Krise seien die Strukturfonds daher unverzichtbar. Herr Valcárcel Siso macht darauf aufmerksam, dass diese in einigen Mitgliedstaaten einen Anteil von mehr als 66 Prozent der Investitionen ausmachten. Europa dürfe daher nicht den Fehler machen, diese zu reduzieren.

Schließlich ergreift **Michael Schneider**, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Ausschuss der Regionen, das Wort und schließt sich den Vorrednern an. Auch er ist der Ansicht, dass die Solidarität in Europa in der Kohäsionspolitik zum Ausdruck komme. Er betont die Notwendigkeit, die Regionen zu unterstützen. Der territoriale und soziale Zusammenhalt der EU müsse gewährleistet werden, wenn man diese stärken wolle. Ein Abbau der Disparitäten würde bedeuten, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. So müsse sich die künftige Kohäsionspolitik Ziele setzen und dennoch flexibel bleiben, um die Investitionstätigkeit im öffentlichen und privaten Bereich anzuregen. Sie müsse auch mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sein und es wäre daher widersprüchlich, den Haushalt zu kürzen. Die Kohäsionspolitik müsse zielgerichtet, einfach und intelligent sein. Herr Schneider schließt mit dem Aufruf ab, dass die Grundsätze der Partnerschaft in der Kohäsionspolitik zum Ausdruck kommen müssten. Die Mitgliedstaaten seien nach wie vor die Hauptakteure dieser Politik. Sie müsse eine Governance auf mehreren Ebenen aufweisen.

Während des anschließenden Meinungsaustauschs ergreifen die nachstehenden Abgeordneten das Wort:

- **Elisabeth Jeggle** bestätigt, dass ein Mehr an Europa im Agrarbereich die einzige denkbare Reaktion sei.
- **László Tökés** fordert mehr strukturelle Reformen.
- **Mairéad McGuinness** spricht sich für mehr Flexibilität in der Agrarpolitik aus. Sie stellt auch in Frage, ob die für den Agrarbereich angenommene Strategie geeignet ist.
- **Jan Olbrycht** ist der Auffassung, dass Kohäsions- und Sozialpolitik unerlässliche Instrumente seien,



wenn es um mehr Wachstum und Beschäftigung geht.

- **Sean Kelly** stellt am Beispiel Irlands unter Beweis, dass es sich bei der GAP um eine ganz entscheidende Politik handelt. Er begrüßt die Rolle der Kommission in den Verhandlungen über die Agrar- und die Kohäsionspolitik und ruft dazu auf, die im Juni in diesen Bereichen angenommenen Entscheidungen umzusetzen.
- **Livia Járóka** spricht sich für leistungsfähigere europäische Regionen aus. Sie stellt darüber hinaus einige Bereiche heraus, in denen die Union mehr unternehmen müsste: die Roma-Strategie und die Notwendigkeit, dass die bereitgestellten Mittel auch bei den Menschen ankommen und diese nicht mit einzelstaatlicher Bürokratie konfrontiert werden.

Zum Abschluss der Diskussion begrüßt **Lambert van Nistelrooij**, MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im EP-Ausschuss für regionale Entwicklung und Berichterstatter der Richtlinie zu den Strukturfonds, das Engagement, das die EVP-Fraktion im Hinblick auf Investitionen gezeigt hat. Er fordert, zu Basis und Realwirtschaft zurückzukehren, um die angenommenen Vorschläge und klaren Ziele, die zu erreichen sind, zu definieren. Zwischen der Haushaltspolitik und den Instrumenten für Investition müsse ein Gleichgewicht gefunden werden. Es müssten auch rasch Entscheidungen angenommen werden, um den Erwartungen unserer Regionen gerecht zu werden, und zwar insbesondere in den Bereichen Forschung, Ökologie und Klimawandel.

Faniry Solofoson

### FREIHEIT UND FAIRNESS IM INTERNET

**Manfred Weber** MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP und Verantwortlicher des Arbeitskreises „Justiz und Inneres“, der die Debatte leitet, führt mit den Worten in das Thema ein, dass die Entwicklung der Technologien eine größere politische Herausforderung darstelle, da sie unvermeidliche



Auswirkungen auf den Alltag jedes Einzelnen habe und dass die Diskussion in jedem Fall ein Kernbereich der anstehenden Wahlen sei. Die EVP könne daher nicht umhin, eine Strategie aufzustellen, um sich dieser Herausforderung langfristig zu stellen.

**Marielle Gallo** MdEP, Vizekoordinatorin der EVP-Fraktion im EP-Rechtsausschuss, ist angesichts des Risikos einer ideologischen Konfrontation im Hinblick auf diese Frage besorgt. Das Internet habe unsere Gewohnheiten in der Tat grundlegend verändert. Es gehe nun darum, ein Gleichgewicht zwischen den Rechten der Bürger, der Betreibergesellschaften und den Befugnissen der staatlichen Behörden zu finden. Frau Gallo ruft in Erinnerung, welche Rolle das Internet beim Protest gegen totalitäre Regime spielt (insbesondere die sozialen Netzwerke im Kontext des Arabischen Frühlings). Dank des Internets hätten Emanzipationsbewegungen entstehen können und so sei die freie Ausübung der Grundrechte möglich geworden. Das Internet könne eine befreiende Kraft darstellen und die Union müsse sicherstellen, dass die Internet-Governance diese Kraft nicht behindere. All dies unter engagierter Verteidigung der Grundsätze, die 2003 in Genf aufgestellt wurden: multilaterale Organisationsform, Transparenz, Demokratie und volle Einbeziehung der Staaten, der Zivilgesellschaft und der internationalen Organisationen.

Die Freiheit, von der im Internet Gebrauch gemacht würde, müsse durch das Gesetz gewährleistet und Missbrauch sanktioniert werden. Insbesondere beim Schutz personenbezogener Daten sei ein Legislativtext

erforderlich, der vor Risiken wie Cyberkriminalität und Datendiebstahl (dies in sämtlichen kreativen Disziplinen) schütze. In dieser Hinsicht werde der neue laufende Kommissionsvorschlag, in dem unter anderem neue Nutzerrechte zugestanden und finanzielle Sanktionen eingeführt werden, begrüßt. Frau Gallo ruft schließlich zu mehr wirtschaftlichem Idealismus auf und appelliert, demagogischen Positionen aus dem Weg zu gehen.

**Viviane Reding**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, weist darauf hin, dass das EVP-Manifest, das auf diesem Kongress in Bukarest zur Wahl gestellt worden sei, Passagen enthalte, die im Hinblick auf das zwischen Datenschutz und Schutz der Grundfreiheiten erforderliche Gleichgewicht unmissverständlich seien. Sie konzentriert sich sodann auf das enorme Potenzial, das das Internet bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und beim Wachstum habe, während allerdings die europäische Datenlandschaft noch sehr zerstückelt sei. Dies habe mehrere negative Auswirkungen: in erster Linie rechtliche Unsicherheit und Hindernisse im elektronischen Geschäftsverkehr. Es seien eine kohärente europäische Strategie und eine einheitliche Behörde, die für diesen Bereich zuständig sei, erforderlich. Dieser neuen Industrie müsse Vertrauen geschenkt werden. Man könne darüber hinaus nicht umhin, das Recht geistigen Eigentums im Internet anzupassen, und zwar insbesondere bei der freien Meinungsäußerung im Internet. Das Kommissionsmitglied weist schließlich darauf hin, dass dieses Thema zu den Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft zähle, die Zypern im ersten Halbjahr 2013 nachfolge.

**Richard Bruton**, irischer Minister für Beschäftigung, Unternehmen und Innovation, knüpft an die Vorschläge Frau Redings an und unterstreicht die Auswirkungen des Internets auf die Unternehmensmodelle von heute sowie auf die Abläufe der Geschäfts- und der Dienstleistungswelt. Er kommt sodann auf die Lage in Irland zu sprechen und würdigt das Datenschutzsystem, das eingeführt wurde und regt an, bewährte Verfahren beizubehalten. Dieses System dürfe in keinem Fall das Wachstum behindern, das

bei der Entwicklung des Internets zu verzeichnen sei (20 % im Jahr). Das geistige Eigentum sei nach wie vor von entscheidender Bedeutung; grundlegend sei allerdings auch, dies im Kontext der technischen Realität zu betrachten. Er fordert: Ermutigung zum Ideenaustausch, die Schaffung von Anreizen für Wachstum und die Förderung einer angemessenen Nutzung des Internets. Dies stelle die EU, der es bislang nicht gelungen sei, das in diesem Bereich vorhandene Potenzial auszuschöpfen, vor eine enorme Herausforderung. Der irische Ratsvorsitz verspreche, mehr Dynamik in den digitalen Bereich, ohne den es kein Wachstum in Europa geben könne, zu bringen.

Zwei Vertreter kreativer Berufe ergreifen darauf das Wort, um ihre Sicht einer „angemessenen Nutzung“ des Internets und die Rolle, die die staatlichen Behörden spielen müssen, darzulegen.

**Piotr Waglowski**, polnischer Rechtsanwalt, Schriftsteller und Webmaster, schaltet sich in die Diskussion ein und bemängelt, dass das europäische Recht in dieser Hinsicht zu schwach sei; er vertritt eine andere Position als die Fraktion und tritt für ein vereinfachtes Copyright auf europäischer Ebene ein, um Informationsmonopolen zu vermeiden. Dagegen spricht sich **Corneliu Porumboiu**, rumänischer Produzent und Drehbuchautor, für einen besseren Rahmen aus, um die Qualität der gelieferten Informationen besser zu gewährleisten. In einem digitalen Universum, in dem man nicht lediglich Beobachter sei, sondern auch zum Akteur werde, müssten Regeln definiert werden.

Während des anschließenden Meinungsaustauschs ergreifen die nachstehenden Abgeordneten das Wort:

- **Sean Kelly** ruft zu einer unmissverständlichen Definition des Begriffs „Daten“ und zu denkbaren Sanktionen auf.
- **Herbert Dorfmann** spricht sich für den Schutz der Rechte von Minderheiten im Internet aus, um den Gedanken des Binnenmarkts zu bewahren.
- **Anna Maria Corazza Bildt** spricht die Nutzung des Internets durch Minderjährige an, oder die Frage, wie ein Gleichgewicht zwischen der



Gewährleistung ihrer Rechte und den erzieherischen Möglichkeiten, die dieses Medium bietet, gefunden werden kann.

- **Doris Pack** fragt sich, aus welchem Grund einige Autoren nicht geschützt werden möchten und denkt über eine optionale Gesetzgebung nach.

Abschließend fasst **Angelika Niebler** MdEP, Vorsitzende des Arbeitskreises „Internet“ der EVP-Fraktion, die Punkte zusammen, auf die sich die EVP-Fraktion konzentrieren und die Überlegungen vertiefen sollte: a) der Schutz der grundlegenden Werte und Rechte auch im Internet durch die Einführung von Regeln; b) geistiges Eigentum und angemessene Nutzung des Internets; und c) Transparenz der in diesem Bereich getroffenen Maßnahmen (Vermeidung von Informationsmonopolen und Förderung von Wettbewerbspositionen).

Faniry Solofoson

# **SCHLUSSFOLGERUNGEN**

## **STUDENTAGE DER EVP-FRAKTION IN BUKAREST**

## **DIE ANTWORT IST MEHR EUROPA**

### **BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT: IN EINEM EUROPA GRÖßERER SOLIDARITÄT - WACHSTUM UND ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN**

Die aktuelle Wirtschaftskrise und haushaltspolitische Instabilität haben das auf Wachstum und Stabilität der Staatsfinanzen basierende europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft in eine bedrohliche Lage gebracht. Diese beiden Elemente verkörpern buchstäblich zwei Seiten derselben Medaille. Die EVP-Fraktion hat sich die leidenschaftliche Verteidigung dieses Modells auf die Fahnen geschrieben und daher im Juni 2012 das Paket für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum verabschiedet.

Die EVP ist davon überzeugt, dass Europa diese politischen Maßnahmen gemeinsam verfolgen muss, statt sie gegeneinander auszuspielen. Diese Komplementarität lässt sich zum Teil auch an der Jugendarbeitslosigkeit ablesen: Die Union muss eine wirksame Politik verfolgen, um dem aktuellen Trend entgegenzuwirken, ohne jedoch unüberblickbare Schulden anzuhäufen, die letztlich von diesen jungen Menschen abgetragen werden müssen. Die Maßnahmen sollten sich an den in einigen Mitgliedstaaten gängigen Politiken orientieren (Ausbildung, bessere Angleichung des Arbeitskräfteangebots an die Anforderungen des Marktes, angemessener Rechtsrahmen zur Förderung der Mobilität).

Zudem bedarf es für den Kurs der Beschäftigung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität in Europa neuer Wachstumsmotoren für die Wirtschaft. Diese lassen sich durch tiefgreifende Strukturreformen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und zum Abbau der Schulden erreichen. Ferner sollte die EU ihre unlängst verabschiedete neue Industriepolitik umsetzen, damit Europa Produktionsstandort bleibt, und gezielte Investitionen mit Wachstumspotenzial tätigen (Schlüsseltechnologien über Horizont 2020).

Ausdruck dieses Reformwillens ist die Binnenmarktakte, deren zweiter Teil soeben auf den Weg gebracht wurde. Sie zielt nicht nur auf die Freisetzung des Wachstumspotenzials des Binnenmarkts ab, sondern auch darauf, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ein geeintes Europa weiter voranzubringen. Durch die verbesserte Anerkennung beruflicher Qualifikationen wird eine höhere Mobilität europäischer Fachkräfte ermöglicht. Mit der Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern werden der bestehende Rechtsrahmen verbessert und die Rechtssicherheit von Arbeitnehmern, die innerhalb der Europäischen Union umziehen, verstärkt.

Letztlich müssen die kleinen und mittleren Unternehmen, die 95 % unserer Wirtschaft ausmachen, spüren, dass die Union, statt Beschränkungen aufzuerlegen, neue Chancen eröffnet. In diesem Zusammenhang tritt die EVP-Fraktion dafür ein, die Richtlinie über den Zahlungsverzug uneingeschränkt umzusetzen und den Vorschlag für eine Verordnung über Europäische Risikokapitalfonds anzunehmen.

### REGIONALENTWICKLUNG UND SOZIALER ZUSAMMENHALT - AUSWIRKUNGS- ERHÖHUNG DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK FÜR DAS WOHLBEFINDEN DER BÜRGER

Was den Zusammenhalt und die Agrarpolitik anbetrifft, so betont die EVP-Fraktion, dass **Investitionsmaßnahmen** zur wirtschaftlichen Erholung beitragen, Arbeitsplätze schaffen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern, Ungleichheiten zwischen Regionen verringern und die europäische Integration stärken.

Aus diesem Grund hält es die EVP-Fraktion für angebracht, für diese beiden Politiken **ein angemessenes Budget** sicherzustellen, zumindest auf Ebene der Vorschläge der Europäischen Kommission, **deren erneuerte Struktur, zielorientierte Mechanismen und Hebeleffekt zur vollständigen Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020** beitragen können. Kürzungen der entsprechenden Budgets würden nicht zur Lösung der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten führen, sondern vielmehr größere Probleme für die Zukunft schaffen, da die EU lebenswichtiger Instrumente für ihr künftiges Wirtschaftswachstum und ihre Wettbewerbsfähigkeit beraubt wird.

Die anstehende Präsentation der Zahlen für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen durch den zyprischen Ratsvorsitz muss daher sowohl für die Kohäsions- als auch die Agrarpolitik einen ehrgeizigen Haushalt vorsehen.

Die EVP-Fraktion unterstreicht die Bedeutung der wichtigsten **Reformgrundsätze für diese Politiken**, nämlich **Solidarität, Politikgestaltung auf mehreren Ebenen und das Partnerschaftsprinzip**, und betont die Notwendigkeit **verstärkter Ergänzungsmöglichkeiten und Koordinierung** auf EU-Ebene zwischen ihnen, um ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und eine wettbewerbsfähigere und einheitlichere Union zu gestalten.

Die EVP-Fraktion hat sich der Verteidigung der wichtigsten europäischen Ziele verschrieben, die von diesen Politiken in allen europäischen Regionen umgesetzt werden, und engagiert sich im Zuge des vorgeschlagenen neuen Rahmens in der Zusammenarbeit zur Erreichung eines größtmöglichen Mehrwerts für Europa. Sie verweist auf die Bedeutung einer geschlossenen Haltung der EVP-Fraktion in allen Institutionen der EU.

### FREIHEIT UND FAIRNESS IM INTERNET

Das Internet hat unsere Art des Zugangs zu Informationen und deren Nutzung grundlegend verändert. So mächtig, aufregend und bahnbrechend diese Entwicklungen auch sein mögen, erfordern sie dennoch ein ständiges Streben nach dem angemessenen Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und anderen gemeinsamen Werten, darunter dem Schutz von Minderjährigen, Datenschutz, Urheberrechte usw. Die EVP-Fraktion strebt die Bewahrung des außerordentlichen sozialen und wirtschaftlichen Potenzials, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit, den ungehinderten Informationsfluss sowie den Zugang für Alle an und kümmert sich um die Rechte des Einzelnen als auch Bedürfnisse von Unternehmen, um Innovationen und Arbeitsplatzbeschaffung in der EU aufrechtzuerhalten.

Am 5. September 2011 nahm die EVP-Fraktion ihr Strategiepapier „Ein faires Internet für alle“ an. Die EVP beruft sich dabei auf die drei zentralen Forderungen für eine künftige Internetpolitik der EU: Einheitliche Anwendung des Transparenzgrundsatzes, Stärkung der Online-Rechte von Nutzern und Garantie eines fairen Wettbewerbs im Internet. In der Debatte auf der EVP-Fraktionssitzung in Bukarest am 17. Oktober 2012 wurde auf einige der zehn Forderungen dieses Strategiepapiers ausführlicher eingegangen.

### *Rechte des geistigen Eigentums*

Der Schutz geistiger Eigentumsrechte (IPR) gehört zu den Tragpfeilern der wirtschaftlichen Nutzung des Internets und stellt eine Voraussetzung für die digitale Wirtschaft in der EU dar. Die Wahrung dieser Rechte als Einkommensquelle ist ausschlaggebend für kreative und innovative Personen und Unternehmen, aber auch für den Schutz einer freien und unabhängigen Presse. Eine wachsende Zahl urheberrechtlich geschützter Werke (Musik, Bücher, Filme, Fernsehsendungen, Spiele, Software und Zeitungen) ist illegal im Internet ohne Genehmigung der Rechteinhaber verfügbar.

Die Debatte ließ erkennen, dass unterschiedliche Standpunkte bestehen und innovative und interessante Vorschläge vorgelegt werden: die Erwägung der Einführung eines optionalen Urheberrechtssystems auf EU-Ebene, die Vereinfachung der Urheberrechte im Hinblick auf Modernisierung und Anpassung der bestehenden Mechanismen, beispielsweise durch Nutzung des Konzepts der angemessenen Verwendung. Gegenstand der Erörterungen waren ferner angebliche Informationsmonopole und der beschränkte Zugang zu Informationen. Abschließend verweisen die Fraktionsmitglieder darauf, dass der Rechtsstaat auch für das Internet gilt und dass man Regeln braucht, welche akzeptiert und respektiert werden müssen.

Die EVP-Fraktion bemüht sich, das richtige Maß zu finden und die Kluft zwischen den Interessen der rechtmäßigen Urheberrechteinhaber und den Nutzern zu überbrücken. In diesem Sinne stellt das Vertrauen der Nutzer, Verbraucher und Unternehmen in die Online-Umgebung eine zentrale Herausforderung für das künftige erfolgreiche Wachstum des digitalen Raums dar.

### *Sicherung des Wettbewerbs*

Im Gegensatz zu seinen Anfangstagen sieht sich das Internet heute einer Konzentration der Marktmacht in den Händen einiger weniger Unternehmen gegenüber. Aus Sicht der EVP-Fraktion bietet der vorhandene EU-Rechtsrahmen ausreichende Möglichkeiten, möglichen Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Dieser sollte jedoch stärker genutzt werden. Sowohl der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung als auch wettbewerbswidriges Verhalten sollten mit prompten und wirksamen Maßnahmen geahndet werden. Wir rufen die Europäische Kommission auf, sich dieser Angelegenheit aktiv zu widmen.

### *Datenschutz*

Der Datenschutz zählt nach Auffassung der EVP-Fraktion zu den wichtigsten Grundrechten, weshalb die vorgeschlagene Modernisierung des Datenschutzrechts in Europa für die Förderung der Herausbildung der digitalen Wirtschaft auf dem gesamten EU-Binnenmarkt unerlässlich ist. Die momentane Zersplitterung der Datenschutzvorschriften sollte durch einen einheitlichen Rechtsrahmen ersetzt werden, der Rechtssicherheit und Transparenz darüber bietet, wo Daten aufbewahrt werden und wie sie genutzt und verarbeitet werden dürfen. Für die EVP-Fraktion ist es wichtig, die richtige Balance zwischen der Notwendigkeit, in der neuen Verordnung über ein harmonisiertes EU-Datenschutzrecht zu verfügen, und anderen Grundrechten und -prinzipien zu finden, die weiterhin der einzelstaatlichen Regelungshoheit unterliegen.

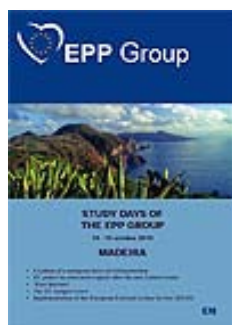
Cloud-Computing hat sich sehr schnell etabliert und wird den Bereich binnen kürzester Zeit erheblich verändern. Die EU muss die sich aus der Einführung des Cloud-Computings ergebenden Probleme umgehend in Angriff nehmen. Europäische Unternehmen sind für den Erfolg ihrer Geschäftsmodelle auf eine rechtssichere Grundlage angewiesen. Daher ist die Klärung dieser Fragen hinsichtlich Datenschutz, Rechtsprechung sowie Datensicherheit und -standards für die EVP-Fraktion von zentraler Bedeutung.

Das Internet hat die Art und Weise verändert, wie Menschen mit Informationen, sozialen Bindungen und den bestehenden Geschäftsmodellen umgehen. Deshalb ist es erforderlich, neue mögliche Geschäftsmodelle zu erörtern, die für den Zugang zu all den Herausforderungen, die das Internet mit sich bringt, benötigt werden, und die den Weg für ein wettbewerbsfähiges digitales Europa bereiten. In dieser Diskussion, die für das in der gegenwärtigen Krise so dringend benötigte Wirtschaftswachstum bedeutende Konsequenzen haben wird, strebt die EVP-Fraktion eine führende Rolle an.



# Zuletzt veröffentlichte Publikationen - 2011/2012

## Publikationsdienst - Dienststelle Presse und Kommunikation EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



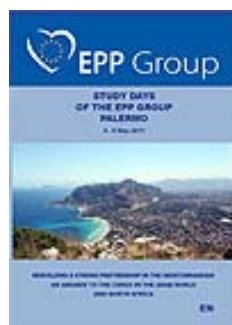
Studientage der  
EVP-Fraktion in  
Madeira - Oktober  
2010  
January 2011

FR EN DE



Sitzung des  
Vorstands der EVP-  
Fraktion in Zagreb  
- März 2011  
April 2011

EN FR DE



Studientage der  
EVP-Fraktion in  
Palermo  
Februar 2011

FR EN DE IT



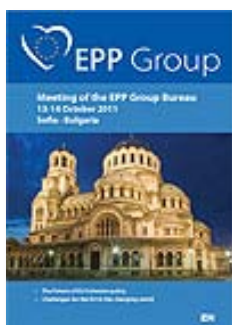
EPP Group Hearing  
- Building European  
Energy Diplomacy  
November 2011

EN



Sitzung des  
Vorstands der  
EVP-Fraktion -  
September 2011  
November 2011

FR EN DE PL



Sitzung des  
Vorstands der EVP-  
Fraktion - Oktober  
2011 - Sofia  
Dezember 2011

FR EN DE BG



EPP Group Public  
Hearing Internet  
Today and  
Tomorrow  
February 2012

EN



Studientage der  
EVP-Fraktion in  
Marseille  
Dezember 2011  
März 2012

FR EN DE



Sitzung des  
Vorstands der EVP-  
Fraktion - März 2012-  
Palma de Mallorca-  
Mai 2012

FR ES EN DE



Sitzung des  
Vorstands der EVP-  
Fraktion - Killarney  
Mai 2012  
Oktober 2012

FR EN DE

## Series



Watching Brief

FR EN DE



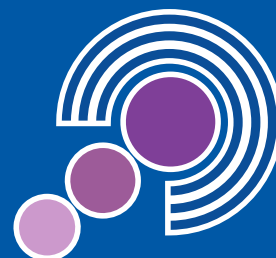
EIN  
Food for thought

EN



EPP Group  
Top Events

FR EN DE



**Abteilung Politische Strategie**



**EVP-Fraktion**

im Europäischen Parlament

**Veröffentlicht von :** Publikationsdienst  
Dienststelle Presse und Kommunikation  
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)  
im Europäischen Parlament

**Herausgeber :** Pedro López de Pablo

**Erschienen :** November 2012

**Veröffentlicht auf:** DE, EN, FR

**Verantwortlich :** Christine Detourbet  
Verantwortlich für die Abteilung Politische Strategie

**Adresse:** Europäisches Parlament  
47-53 rue Wiertz  
B - 1047 Brüssel  
Belgien

**Internet:** <http://www.eppgroup.eu>

**E-mail:** [epp-publications@europarl.europa.eu](mailto:epp-publications@europarl.europa.eu)

**Copyright:** EVP-Fraktion im Europäischen Parlament